



# Das Kernproblem heißt Rassismus

**Jahresstatistik von Ezra belegt Verdopplung rechter Gewalt in Thüringen**

Zur von Ezra, der mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, veröffentlichten Jahresstatistik zu rechtsmotivierten Übergriffen erklärte Katharina König: „Dass sich die in Thüringen bekannt gewordenen rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten mit 121 Fällen im letzten Jahr mehr als verdoppelt haben, reiht sich leider in den bundesweiten Trend ein. Dass im Vordergrund dieser Übergriffe Attacken auf Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten stehen, verdeutlicht eines der Kernprobleme in diesem Land, es heißt Rassismus.“

Der Opferberatung wurden 196 Betroffene 2015 bekannt, eine hohe Dunkelziffer im Bereich von geflüchteten Menschen und im ländlichen Raum ist anzunehmen. Neonazistische Beleidigungen, Sachbeschädigungen, rassistische Diskriminierungen oder verbale Gewalt in sozialen Medien fließen nicht in die Statistik ein.

„Dass wir es insbesondere mit Körperverletzungsdelikten, gefährlichen und schweren Körperverletzungen, Brandstiftungen bzw. versuchten Tötungsdelikten zu tun haben, verdeutlicht auch das immer brutale Auftreten“, betont die LINKE-Abgeordnete mit Wahlkreisbüro in Saalfeld. Bei der regionalen Verteilung fällt auf, dass nach Erfurt mit 23 Übergriffen direkt die Region Saalfeld-Rudolstadt an-

schließt, in der sich die Anzahl ebenfalls auf 12 verdoppelt hat.

Die Angaben widerlegen auch die bisherige Argumentation der Thüringer AfD, in keiner Verbindung mit Gewalt gegen politische Gegner oder Geflüch-



*Unmissverständlich: Transparent der Koalitionsfraktionen zur AfD-Demonstration am 24.2. am Thüringer Landtag.*  
Foto: Peter Lahn

tete zu stehen. Ezra verweist auf einen direkten Zusammenhang zwischen AfD-Demonstrationen und Übergriffen, da sich die Täter aus den Reden ihre Legitimation ziehen. Der Opferberatung wurden acht Angriffe auf Gegen-demonstranten bekannt, die bei von

der AfD angemeldeten Demonstrationen in Erfurt begangen wurden. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die AfD wöchentlich oder abwechselnd in Erfurt, Jena oder Gera Angsträume schaffen kann, hier braucht es weiteres zivilgesellschaftliches Engagement gegen die rassistischen Hassprediger“, betonte Katharina König.

Die steigenden Übergriffs-Zahlen und das erhöhte Beratungsaufkommen der Opferberatungsstellen machen auch weiteren Handlungsbedarf deutlich. „Wir brauchen eine Praxis der unmissverständlichen Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt, wie sie auch der Bundesverband Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.) fordert und einen besseren Opfer-schutz, insbesondere mit Blick auf angegriffene Asylsuchende, die nach Deutschland geflüchtet sind und hier erneut Opfer von Gewalt werden. Ein Bleiberecht wäre angemessen.“

Zudem müsse man der sekundären Viktimisierung (zum Opfer machen) entgegenwirken, wenn Opfer nicht ernstgenommen werden. Mit Blick auf die Anfangsermittlungen beim Überfall auf drei indische Studenten in Jena sagte die Abgeordnete: „Im Bereich der Polizei bedarf es weiterer Verbesserungen in der Vernetzung mit Dolmetschern, um Sprachbarrieren schneller zu überwinden. Nur so kann auch sichergestellt werden, dass mögliche fremdenfeindliche Tathintergründe frühzeitig erkannt werden.“ ■

## KOMMENTIERT:

von Torsten Wolf

### Berufsschulnetzplan

*Die Entscheidung des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zum Berufsschulnetz hat die Fraktion DIE LINKE zustimmend zur Kenntnis genommen. Sofort nach der Amtsübernahme hat sich Ministerin Dr. Birgit Klaubert der schwierigen Frage der Weiterentwicklung des Berufsschulnetzes gestellt, indem sie die Entscheidung zum Berufsschulnetzplan der Vorgängerregierung rückgängig gemacht hat. Dieser stand den Interessen der meisten Schulträger entgegen und lief Gefahr, zu einer Klage-welle zu führen.*

*Wir alle wissen, dass die sinkenden Schülerzahlen der letzten zehn Jahre und die Veränderungen in der Nachfrage einen großen Veränderungsdruck in der Landschaft der Berufsschulen erzeugt haben, der lange liegen blieb und nicht einfach durch Entscheidungen vom grünen Tisch gelöst werden sollte. In dem fast ein Jahr dauernden Prozess wurde viel Arbeit geleistet, mit Konzepten und Verhandlungen vor Ort. Im vorliegenden Ergebnis stecken Kompromisse, aber auch klare Entscheidungen. In der Konsequenz bedeutet das vor allem eine sechs Jahre dauernde Planungssicherheit für alle Beteiligten und Verbesserungen beim Lehrereinsatz – aber auch das Ende einiger unterfrequentierter Bildungsgänge an der einen oder anderen Schule sowie den Beginn einer einjährigen Lösungsfrist für noch offene Probleme.*

*Besonderen Wert legen wir auf die neue Förderrichtlinie für die Unterstützung von Berufsschülerinnen und Berufsschülern bei den Fahrtkosten und bei der Unterbringung im Internat, die deutlich verbessert wurde. Gerade jetzt erst wieder berichteten Medien, wie weit die Thüringer Auszubildenden in ihrer Entlohnung von anderen Bundesländern entfernt seien.*

*Gute Ausbildung bei guter Bezahlung sichert Fachkräfte. Wir als LINKE sorgen für zukunftsfähige Berufsschulstrukturen mit der Förderung bei Fahrten und Unterbringungskosten der Auszubildenden. Damit sichern wir ab, Auszubildenden akzeptable Bedingungen zu bieten und Thüringen zu „fairändern“. Antragsberechtigt für die Förderung ist – in Abhängigkeit von der Höhe des Lehrlingsentgeltes – heute jede und jeder, wobei Zuschüsse je nach Ausbildungsentgelt von 20 bis 80 Prozent der Fahrtkosten erfolgen können.* ■

## AKTUELL

### Mietpreisbegrenzung für Erfurt und Jena

Das Thüringer Kabinett hatte am 2. März der von Bauministerin Birgit Keller (LINKE) vorgelegten Mietpreisbegrenzungsverordnung für die Städte Erfurt und Jena zugestimmt. Damit wird in den beiden Städten eine Mietpreisbremse eingeführt, die den Anstieg der Mieten bei Wiedervermietung auf ein Niveau von maximal zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt. Voraussetzung für das Regulierungsinstrument ist die Feststellung eines „angespannten Wohnungsmarktes“.

Für die Stadt Weimar, die ebenfalls die Mietpreisbremse beantragt hatte, konnte anhand der im Bundesgesetz vorgesehenen Indikatoren dieser Nachweis nicht geführt werden. Die Ministerin wird Ende 2016 über erste Erfahrungen berichten und inwieweit

Anhaltspunkte vorliegen, um in weiteren Kommunen die Einführung einer Mietpreisbremse zu prüfen. Zudem wird die Einführung einer Kappungsgrenze geprüft, das Kabinett über das Ergebnis im September 2016 unterrichtet und bei einem positiven Prüfergebnis eine entsprechende Verordnung vorgelegt. „Letztlich bringt aber nur der Neubau von Wohnungen die notwendige Entlastung auf angespannten Wohnungsmärkten“, sagte Birgit Keller nach der Kabinettsitzung.

Ute Lukasch, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion begrüßte die Mietpreisbremse als „Baustein für den Sozialen Wohnungsbau, sie gibt den Mietern Sicherheit und Vertrauen, dass ihre Wohnungen nicht als Spekulationsobjekte genutzt werden“. In Berlin habe die Mietpreisbremse tatsäch-

lich zu einem langsameren Anwachsen der Mieten geführt, erläuterte die Abgeordnete. Insbesondere in Jena stehe die Ausgabe von Wohnberechtigungs-scheinen und die Zahl vorhandener beleggebundener Wohnungen in keinem Verhältnis. Vor allem dort müsse – genau wie in Erfurt – dringend der Neubau von bzw. der Um- und Ausbau zu sozialem Wohnraum stattfinden.

Auch mit den erarbeiteten Förder-richtlinien seien von der Landesregierung gute Voraussetzungen auf den Weg gebracht worden. „Gefragt sind jetzt aber die Kommunen, die sich im sozialen Wohnungsbau engagieren sollten. Nur wenn alle Akteure an einem Strang ziehen, wird es gelingen, preiswerten Wohnraum zu schaffen“, betonte die LINKE Wohnungspolitikerin abschließend. ■